

Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

Wien, am 16. August 2016

Geschäftszahl (GZ): BMWFW-10.101/0345-IM/a/2016

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 9557/J betreffend "380 kV - Leitung im Bundesland Salzburg 2", welche die Abgeordneten Rupert Doppler, Kolleginnen und Kollegen am 16. Juni 2016 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu Punkt 1 der Anfrage:

Über den in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 7386/J dargestellten Stand hinaus kann mitgeteilt werden, dass über die in der Folge gegen den Bescheid der Salzburger Landesregierung vom 14. Dezember 2015 erhobenen Beschwerden nunmehr gemäß § 40 Abs. 1 UVP-G 2000 das Bundesverwaltungsgericht zu entscheiden hat.

Antwort zu den Punkten 2 bis 4 der Anfrage:

In diesem Zusammenhang gibt es seit der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 7386/J keine neuen Entwicklungen. Es liegen meinem Ressort nach wie vor keine Anträge auf Einräumung von Zwangsrechten vor.

Dr. Reinhold Mitterlehner

